

Beschlussempfehlung

Hannover, den 05.12.2018

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Mehr Licht für mehr Sicherheit - LED-Modellversuche an Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen in Niedersachsen starten!

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/536

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung

LED-Lichteinrichtungen fördern - Verkehrssicherheit an Gefahrenstellen und bei Dunkelheit verbessern

Trotz rückläufiger Zahlen bestätigt die weiterhin hohe Zahl von Verkehrsunfällen mit Verletzungen oder Todesfolge den fortwährenden Handlungsbedarf zur Stärkung der Verkehrssicherheit. Dies betrifft sowohl Unfallrisiken bei Dunkelheit und das Verhalten unaufmerksamer Verkehrsteilnehmer als auch die Unübersichtlichkeit beispielsweise von Abbiege- und Kreuzungssituationen in Innenstädten. Im Gegensatz zur Installation zusätzlicher Verkehrszeichen könnte die verstärkte Nutzung von LED-Lichteinrichtungen ein höheres Maß an Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmer sowie eine spürbare Verringerung des Unfallrisikos versprechen.

LED-Lichteinrichtungen sind vielseitig einsetzbar, wartungs- und verbrauchsarm und bieten eine verlässliche sowie leuchtstarke Orientierung in unterschiedlichen Verkehrssituationen. Dies gilt für dicht bewaldete Strecken, für unübersichtliche Autobahnauffahrten, für Kreuzungsverkehre und für Hinweise auf Haltepunkte und Zugangswege. Hierdurch können sich ortsfremde Verkehrsteilnehmer besser orientieren und vermeiden gegebenenfalls Fehleinschätzungen, die zu einer Erhöhung des Unfallrisikos führen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) mit der Zielrichtung zu starten, dass die Länder auch Modellversuche mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen durchführen dürfen, die nicht in der StVO enthalten sind,
2. die Kommunen mit konkreten Handlungsempfehlungen zu rechtlich zulässigen Einsatzmöglichkeiten von LED-Lichteinrichtungen (z. B. auch auf Gehwegen und an Haltestellen des ÖPNV) zu unterstützen,
3. bei der Planung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Straßenbau und im ÖPNV die mögliche Verbesserung der Verkehrssicherheit durch den Einbau von LED-Lichteinrichtungen gesondert zu prüfen,
4. ein Pilotprojekt zum Einsatz von Bodenampeln an besonders unfallträchtigen Straßenquerungen zu entwickeln,
5. ein Pilotprojekt zur Unterflurbeleuchtung zu entwickeln, um Unfallgefahren durch Falschfahrer in unübersichtlichen oder unzureichend beschilderten Zu- und Abfahrten zu reduzieren,
6. die LED-Modellversuche zu Bodenampeln, LED-Leitpfostenkappen, Unterflurbeleuchtungen und Tunneldurchfahrten insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu begleiten und eine Übertragbarkeit der Ergebnisse auf Niedersachsen zu prüfen,

7. den Bund zu bitten, noch näher zu bestimmende, bisher nicht zulässige lichttechnische Einrichtungen von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) hinsichtlich ihrer Einsatzmöglichkeiten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit überprüfen zu lassen, wobei konkrete Strecken aus Niedersachsen für die Realversuche vorgeschlagen werden sollen.

Sabine Tippelt
Vorsitzende